

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 52. Ratssitzung vom 3. Juni 2015

999. 2014/320

Motion der SVP- und FDP-Fraktion vom 22.10.2014:

Budget 2017, Reduzierung der Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter sowie Berichterstattung über die in den Dienstabteilungen gestrichenen Aufträge

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

***Martin Bürlimann (SVP)** begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 433/2014): Mit der Strategie 17/0 will der Stadtrat die städtischen Aufgaben überprüfen, damit die Stadt bis 2017 ein ausgeglichenes Budget erreicht und über ein angemessenes Eigenkapital verfügt. Ein Bilanzfehlbetrag soll vermieden werden. Der Stadtrat setzt weiterhin auf folgende fünf Pfade: Kostenbewusstsein im Alltag, Leistungsüberprüfung, tiefere Departementsplafonds, höhere Erträge, Einflussnahme bei Entscheiden auf Kantons- und Bundesebene. Diese Massnahmen reichen jedoch nicht aus und sind zu wenig konkret, so ist etwa Kostenbewusstsein im Alltag ein Allgemeinplatz. Von den tieferen Plafonds haben wir schon viel gehört, Auswirkungen sind aber keine spürbar. Höhere Einnahmen haben mit Sparen nichts zu tun, im Gegenteil. Um das Ziel zu erreichen, müssen gewisse Tätigkeiten der Stadt aufgegeben oder reduziert werden. Ein gangbarer Weg ist eine massvolle Reduktion der Aufträge an aussenstehende Dritte. Die Antwort des Stadtrats überzeugt nicht und zeigt, dass es ihm am Willen fehlt. Er schreibt: «Das würde zwingend zu einem nicht verantwortbaren Leistungsabbau, in einigen Bereichen gar zur Handlungsunfähigkeit und unter Umständen zu Vertragsverletzungen führen.» Und weiter: «Es wäre verfehlt, die Schraube einseitig bei den Aufträgen an die Privatwirtschaft anzuziehen.» Wenn der Stadtrat sagt, es sei im Wesentlichen durch eidgenössische und kantonale Vorgaben sowie Volks- und Parlamentsentscheide bestimmt, welche Leistungen die Stadt Zürich erbringt, verkennt er den Spielraum in der Budgetgestaltung. Die geforderte Reduktion um 100 Millionen Franken gegenüber dem Budget 2014 ist in Relation zur Gesamtausgabe von mittlerweile 8 541 Millionen Franken zu sehen. Da eine gewisse Vorlaufzeit nötig ist, ist eine Motion sinnvoll.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

***STR Daniel Leupi:** Es ist einseitig, die Aufträge an Dritte als alleinige Kostentreiber darzustellen. Kürzungen wären etwa bei den Verkehrsbetrieben (VBZ), um nur ein Beispiel zu nennen, widersinnig: Die VBZ erbringen nicht alle Leistungen durch eigenes Personal, sondern haben sinnvollerweise Fahraufträge an Aussenstehende erteilt. Bei einer Kürzung müssten sie eigenes Personal anstellen und den Vertrag mit dem Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) kündigen. Im Gesundheitswesen und in anderen Bereichen finden sich ähnliche Beispiele. Auch wenn die Zahlen im AFP mittlerweile deutlich besser aussehen, sind wir noch nicht ganz am Ziel. Es wäre nicht unbedingt*



2 / 2

kosteneffizient, wenn wir Arbeiten, die wir heute an Dritte vergeben, plötzlich selber machen müssten.

Die Motion wird mit 43 gegen 77 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat